

## Entwicklungen & Trends 2024

### Stabile Geschäfte in harten Zeiten

von Leo Frühschütz

Der Biomarkt hat sich wieder beruhigt und sendet leichte Wachstumssignale. Der Bio gefährdende Regelungsvorschlag der EU-Kommission zur Neuen Gentechnik liegt noch auf Eis und die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur hat es doch noch ins Amtsblatt der EU geschafft. Das war es aber auch schon mit den guten Nachrichten. Ansonsten gilt wie schon 2023: Der Wind kommt scharf von vorn, nicht nur für Bio, sondern für alle Umweltthemen. Besserung ist nicht in Sicht, denn die Krisen verstetigen sich und in den Umfragen zur Bundestagswahl liegen keine Bio-Fans vorne. Wie also kann sich Bio wetterfest machen?

#### **Bio in Brüssel – weit weg von 25 Prozent**

Das agrarpolitische Jahr 2024 bestimmten von Anfang an die Bauernproteste in Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern. Diese Proteste hatten eine gravierende Folge: Sie zementierten das Narrativ, dass Regeln, die dem Schutz der Natur, der Umwelt und der Gesundheit dienen, in erster Linie bürokratische Hemmnisse sind, die es zu beseitigen gilt. Bis zur Europawahl im Juni 2024 waren Kommissionschefin Ursula von der Leyen und ihre Europäische Volkspartei (EVP) vor allem damit beschäftigt, die europaweit sichtbar gewordene Wut der Landwirt:innen durch Zugeständnisse einzufangen. Das zeigte sich beispielhaft in der prompten Reaktion, mit der die EU-Kommission und die liberalen und konservativen Parteien im Europarlament in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die Standards zum Guten Landwirtschaftlichen und Ökologischen Zustand (GLÖZ) und die Öko-Regelungen zusammenstrichen. Seither versuchen die Lobbyverbände der industrialisierten Landwirtschaft ebenso wie die großen Industrieverbände verstärkt, mit der Forderung nach »Bürokratieabbau« Umwelt- und Sozialstandards zu schleifen. Letzter Erfolg war die verschobene Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EU 2023/1115). Es ist zu befürchten, dass mit dem Rechtsruck bei der Europawahl und dem voraussichtlichen Rechtsruck bei der Bundestagswahl die bereits jetzt mit dieser Strategie erzielten Erfolge erst der Anfang sind. Pointiert ausgedrückt: Die Umwelt gerät zunehmend unter die (Trecker) Räder – und die Gefahr ist groß, dass der Biosektor gleich mit überfahren wird. Zu pessimistisch? Schau mer mal ...

**»Bürokratieabbau«  
als Vorwand**

*Pestizide: Längst reduziert!?*

**Weniger Pestizide? –  
Kein Interesse**

Im Februar 2024 zog die EU-Kommission die geplante neue Pestizidverordnung (SUR) offiziell zurück. Im Juli veröffentlichte die EU-Kommission dann Zahlen, nach denen die geplante Pestizidreduktion von 50 Prozent fast erreicht sei.<sup>1</sup> Dabei bezog sie sich auf 2015 bis 2017 als Vergleichszeitraum und wandte ein Berechnungsverfahren an, das vom Umweltbundesamt schon ein Jahr zuvor als »irreführend« kritisiert worden war.<sup>2</sup> Das Vorgehen zeigt, dass die Kommission die Reduktionsdiskussion vom Tisch bekommen will. Für den Biosektor wäre das fatal, da er zunehmend unter dem ubiquitären Vorkommen von Pestiziden und dem ungebremsten Einsatz leicht flüchtiger Wirkstoffe leidet. Die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (NRL) kam knapp und verwässert durch den Umweltrat. Umgesetzt werden muss sie von den Mitgliedstaaten, die nun bis September 2026 Zeit haben, nationale Wiederherstellungspläne zu erarbeiten und vorzulegen (zur NRL siehe auch die Beiträge von Rainer Luick und Christoph Schurr sowie von André Prescher-Spiridon in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 232-237 bzw. 206-207).

*Bioförderung in der EU: »Lücken und Unstimmigkeiten«*

**Umstellungsrate  
auf Bio müsste sich  
verdoppeln**

Was solche Pläne wert sind, zeigte der im September 2024 vorgelegte Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes zur Förderung des Ökolandbaus in der EU.<sup>3</sup> Die EU selbst sowie 24 der 27 Mitgliedstaaten haben entsprechende Aktionspläne aufgestellt. Zwölf Milliarden Euro seien von 2014 bis 2022 an Fördermitteln aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geflossen, doch die Biobranche habe dieses Geld nicht ausreichend vorangebracht. »Lücken und Unstimmigkeiten beeinträchtigen den »Erfolg der Politik« heißt es im Untertitel des Berichts. Die Prüfer kritisierten, dass bei der GAP-Förderung Umwelt- und Marktziele ausgeblendet würden. Landwirt:innen könnten auch dann EU-Mittel erhalten, wenn sie keinen Fruchtwechsel durchführen oder Tierschutzstandards nicht einhalten. Zudem enthalte der aktuelle Aktionsplan der EU weder angemessene und quantifizierbare Ziele für den Ökosektor noch gebe es Möglichkeiten, die Fortschritte zu messen. Es genüge nicht, sich auf die Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Flächen zu konzentrieren, sagte die zuständige Prüferin Keit Pentus-Rosimannus. »Es muss mehr getan werden, um den Sektor als Ganzes zu unterstützen. Dazu gehört die Entwicklung des Marktes und die Steigerung der Produktion.« Anderenfalls laufe die EU Gefahr, »ein System mit Schlagseite zu schaffen, das vollständig von EU-Mitteln abhängig ist, anstelle einer florierenden Branche, die von gut informierten Verbrauchern getragen wird.«<sup>4</sup> Um das 25-Prozent-Ziel zu erreichen müsste sich die Umstellungsrate – von 2021 ab gerechnet – verdoppeln.

**Rechnungshof listet  
Mängel auf**

Der Rechnungshof hatte bei Prüfbesuchen die Bedingungen in Rumänien, Polen, Österreich und Italien genauer analysiert und listete zahlreiche Mängel auf. So stellte er fest, dass etwa in Rumänien die als Grünland und für Futterpflanzen genutzte und geförderte Biofläche im Zeitraum von 2014 bis 2021 sich mehr als verdoppelte, gleichzeitig aber die Zahl der auf dieser Fläche gehaltenen Biotiere um 75 Prozent zurückging. In allen vier Ländern hätten in diesem Zeitraum zudem die Ausnahmegenehmigungen für konventionelles Saatgut proportional zur Bioanbaufläche zugenommen. Die vorgeschriebenen nationalen Datenbanken für Biosaatgut in Rumänien und Italien seien veraltet oder statisch und enthielten sehr wenige Einträge. Der Rechnungshof empfahl der EU-Kommission, sie solle eine langfristige Vision für den Sektor über das Jahr 2030 hinaus entwickeln und dabei messbare Ziele und Ausgangsindikatoren zur Bewertung der erzielten Fortschritte festlegen. Zudem solle sie ergänzend zu dem flächenbezogenen Ziel von 25 Prozent zusätzliche Ziele festlegen, um die Gesamtentwicklung des Sektors sicherzustellen. Die GAP-Förderung nach 2027 solle die Kommission gezielter auf den Biosektor ausrichten und die bestehenden Ausnahmeregelungen auf den Prüfstand stellen. Auch braucht es aus Sicht des Rechnungshofes mehr Daten, um besser bewerten zu können, wie sich der Sektor entwickelt.

*Eine Bio-Vision will die EU-Kommission nicht*

In ihrer Antwort auf den Rechnungshofbericht<sup>5</sup> schrieb die Kommission, es sei »viel zu früh, vorherzusagen, ob das 25-%-Ziel des Grünen Deals bis 2030 erreicht wird oder nicht«. Wichtiger als das Ziel selbst sei die Tatsache, dass Bioanbau und -produktion »eindeutig im

Mittelpunkt des Grünen Deals stehen und auf den verschiedenen Ebenen, der EU und den Mitgliedstaaten, ganz oben auf der politischen Agenda stehen«. Tatsächlich haben die Kommission und die von EVP-Mitgliedern regierten Staaten zumindest den Landwirtschaftsteil des *Green Deals* schon im Vorfeld der Europawahlen weitgehend aus dem Verkehr gezogen. Dazu passt, dass die Kommission die Empfehlung ablehnte, die GAP ab 2027 gezielter auf Bio auszurichten »da sie damit sowohl dem Inhalt als auch den Zielen des Legislativvorschlags für die GAP nach 2027 vorgreifen würde«. Auch eine langfristige Bio-Vision über 2030 hinaus hält die Kommission nicht für notwendig. Auch wenn die Antworten auf den Sonderbericht noch von der alten Kommission stammen, machen sie deutlich, dass der Biosektor sich von dieser Kommission nichts erwarten sollte. Denn die Chefin ist dieselbe und die sie tragende Parteienfamilie EVP noch deutlicher als bisher auf die konventionelle Agrarindustrie ausgerichtet.

Ein Indiz dafür ist der *Mission Letter*<sup>6</sup>, also die Aufgabenbeschreibung, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dem neuen Agrarkommissar Christophe Hansen mitgab. In dem siebenseitigen Papier kommt Bio nur einmal vor. Hansen solle Möglichkeiten suchen, um die ökologische Landwirtschaft zu unterstützen, heißt es in dem Satz. In seinen Antworten auf den Fragenkatalog<sup>7</sup> für die Anhörung vor dem Agrarausschuss schrieb Hansen, dass die GAP-Strategiepläne schon eine umfangreiche Unterstützung vorsehen und es wichtig sei, diese beizubehalten. Den Sonderbericht griff Hansen indirekt auf, indem er schrieb, man müsse darauf achten, die Nachfrage nach Bioprodukten zu unterstützen und den Verbrauch zu fördern, etwa durch Fördermaßnahmen oder Änderungen der Beschaffungsregeln.

#### *Neue Gentechnik: Noch ist die Gefahr nicht gebannt*

In den Aufgabenbeschreibungen und den Befragungsunterlagen für Christophe Hansen und den für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit künftig zuständigen Ungarn Olivér Várhelyi kommt das Thema Neue Gentechnik (NGT) nicht vor. Aus Sicht der Kommission und des Parlaments verständlich, da beide ihre Arbeit erledigt haben und der Verordnungsentwurf im Ministerrat hängt. Allerdings hatte die Kommission noch im März 2024 eine Mitteilung vorgelegt, in der sie beschrieb, wie sie die Biotechnologie und deren Produkte voranbringen will.<sup>8</sup> Dabei nannte sie das Gesundheitswesen, die Landwirtschaft und weitere Anwendungsgebiete. In den politischen Leitlinien für ihre Wiederwahl<sup>9</sup> kündigte von der Leyen im Juli an, 2025 einen Biotechnologie-Rechtsakt (auf englisch: Biotech Act) vorzulegen. In der Arbeitsbeschreibung für Olivér Várhelyi und in den Fragen des Parlaments an ihn<sup>10</sup> taucht der Biotech Act wieder auf, allerdings nur in Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen und nicht im Bereich des Lebensmittelrechts, zu dem auch die Verordnungen zu Agro-Gentechnik und Novel Food gehören. Da Ungarn eine eindeutig ablehnende Haltung zu NGT hat, dürfte damit klar sein, dass fürs erste keine neuen Agrogentechnik-Deregulierungsvorschläge zu erwarten sind.

Den aktuellen NGT-Verordnungsvorschlag hatte die ungarische Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2024 auf Eis gelegt, nachdem es zuvor weder Spanien noch Belgien gelungen war, eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten hinter die Ideen der EU-Kommission zu versammeln. Doch in der zweiten Hälfte 2025 übernimmt Dänemark die Ratspräsidentschaft und spätestens dann werden die NGT-Befürworter versuchen, die bisherige knappe Sperrminorität aufzubrechen. Sowohl Polen mit dem EVP-Mann Donald Tusk als Ministerpräsident als auch die künftige Bundesregierung müssen da als Wackelkandidaten gelten. Besonders bedenklich für den Ökolandbau ist, dass die einzige wesentliche Verbesserung des Kommissionsvorschlags durch das Parlament – die Ausweitung von Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von NGT auf die gesamte Lebensmittelkette – nur eine ganz knappe Mehrheit hatte. Diese dürfte inzwischen nicht mehr zustande kommen und so ist die Gefahr groß, dass dieser Punkt einem möglichen Trilog zum Opfer fällt (mehr dazu in dem Beitrag von Annemarie Volling in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 275-282).

#### *Der Strategiedialog – mehr als ein déjà vu?*

Als Antwort auf den Unmut vieler Landwirt:innen startete Kommissionschefin von der Leyen im Januar 2024 einen *Strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU*.

**Biosektor sollte sich von der neuen EU-Kommission nicht viel erhoffen**

**Neue Kommission setzt auf Biotechnologie**

**Knappe Sperrminorität bei Neuer Gentechnik**

**»Strategischer Dialog«  
spricht sich für  
mehr Ökolandbau aus**

29 Interessenvertreter:innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen nahmen daran teil und legten Anfang September einen »konzeptionellen Konsens« vor, »der neue Perspektiven für Landwirtschaft, Ernährung und ländliche Gebiete in Europa eröffnet«, wie es in der deutschen Zusammenfassung<sup>11</sup> heißt. In der Langfassung<sup>12</sup> findet sich eine Vision, die jedes Bio-Herz höher schlagen lässt: »Während Landwirtschaftsmodelle verschwinden, die auf hohen Mengen an schädlichen Inputs basieren, blühen ökologisch nachhaltigere Systeme auf, darunter Biolandwirtschaft und Agrarökologie.« Der Bericht unterstreicht die positiven Auswirkungen des Ökolandbaus, er fordert eine angemessene Finanzierung durch die GAP, damit Betriebe umstellen und dauerhaft ökologisch wirtschaften. Auch Forschung, Ausbildung und die Vermarktung sollen gefördert werden, ebenso agrarökologische Praktiken sowohl auf der Ebene des einzelnen Betriebes als auch im Ernährungssystem.

Den Autor erinnert das Papier allerdings fatal an die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), die die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel nach den Bauernprotesten gegen verschärfte Düngeregelungen 2019 installierte. Sie wurde ebenso wie der Strategische Dialog von Peter Strohschneider geleitet, legte einen erstaunlichen und Mut machenden Konsens der Beteiligten vor. Der Bericht verschwand anschließend in der Schublade der damaligen Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner, aus der ihn die Ampelkoalition gar nicht erst hervorholte. Damals allerdings, im Oktober 2021, forderte der Deutsche Bauernverband (DVB) noch im Schulterschluss mit Naturschutzverbänden, die Ampelparteien auf, die Empfehlungen der ZKL in Gänze umzusetzen.<sup>13</sup> Den vom europäischen Dachverband COPA mitgetragenen Konsens im Strategiedialog hat der DBV dagegen schon bei der Veröffentlichung abgewertet. Der Abschlussbericht sei »als Arbeitsdokument eine Basis für weitere Diskussionen, allerdings muss jetzt noch intensiv nachgearbeitet werden«, verkündete Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied.<sup>14</sup>

### Die GAP-Diskussion: Hausaufgaben gemacht

Das agrarpolitische Thema für diese EU-Kommission sind die GAP-Regeln für die Zeit nach 2027. Der Prozess dazu beginnt 2025 und die Bioverbände haben sich gut darauf vorbereitet. Denn für eine Transformation des Agrarsektors muss es gelingen, die flächenbezogenen Direktzahlungen zurückzufahren und möglichst viele Mittel freizumachen, um die Gemeinwohlleistungen der Landwirt:innen angemessen zu vergüten. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) hat dazu 2023 ein Modell vorgestellt, das auf drei Förderstufen fußt: Basis, Basis-Plus und Bio. Diese Stufen sind durch wenige, aber wirksame Regeln für Düngung, Pestizideinsatz, Viehbesatz und Fruchtfolgen gekennzeichnet. Diese Regeln werden mit jeder Förderstufe ökologisch anspruchsvoller und entsprechend höher honoriert. Nur Betriebe, die zumindest die Basisanforderungen erfüllen, würden GAP-Gelder erhalten (zu diesem Stufenmodell siehe auch den folgenden Beitrag von Carolin Pagel und Gerald Wehde in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 133-138).

IFOAM Organics Europe hat dieses Modell aufgegriffen, will aber das Zwei-Säulen-Modell der bisherigen GAP nicht ganz aufgeben. Aus den Direktzahlungen soll ein kleinerer Topf werden, der nach sozio-ökonomischen Kriterien betriebliche Einkommen stützt. Davon sollen vor allem Landwirte, die arbeitsintensivere Produk-

tionsysteme betreiben, Kleinbetriebe, Junglandwirte oder Landwirte, in weniger begünstigten Naturräumen profitieren.

Die Verbändeplattform zur GAP, der zahlreiche Umwelt-, Bio- und Agrarverbände angehören, legte 2023 ihre Vorschläge vor. Demnach sind nach 2027 alle Fördermittel der GAP »für die Honorierung klar definierter Gemeinwohlleistungen der Bäuerinnen und Bauern im Bereich des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzes einzusetzen«.<sup>15</sup> Die Prämien dafür sollen so hoch sein, »dass nach der Kostenkompensation ein nennenswerter Anteil der Prämie als Gewinnbeitrag verbleibt«. Gefördert werden sollen nur Betriebe, die bestimmte ökologische und soziale Basisanforderungen einhalten. Stärker in die Details ging das vom Thünen-Institut koordinierte Projekt »Honorierung von Umweltleistungen«. Es schlägt vor, die Höhe der Förderprämien künftig stärker zu staffeln und die Leistungen differenzierter zu bewerten.<sup>16</sup>

Fazit: Der Biosektor hat seine Hausaufgaben gemacht. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch und weisen die Richtung. Die Herausforderung wird sein, genug politischen Druck aufzubauen, dass sie in den EU-Gremien auch mehrheitsfähig werden oder zumindest möglichst viele Elemente in die GAP nach 2027 einfließen.

## Deutschland: Transformation im Schneckentempo

Tausende Traktoren rollten am 15. Januar 2024 durch Berlin, 30.000 Teilnehmende demonstrierten für die Zukunft der Landwirtschaft. Die Bundesregierung schickte den Finanzminister, den die Demonstrierenden lautstark auspiffen. Allerdings war das nicht die traditionelle »Wir haben es satt-Demo« für eine Agrarwende. Die fand erst fünf Tage später statt, mit ein paar Dutzend Traktoren und von den Veranstaltenden sehr großzügig gezählten 8.000 Teilnehmenden. Dieses zeitliche Zusammentreffen machte sehr anschaulich deutlich, was zu Beginn dieses Jahres die agrarpolitische Diskussion bestimmte und das ganze Jahr über nachwirkte: Bio war es nicht!

Dabei argumentierten die Bioverbände vernünftig und ohne Schaum vor dem Mund. Sie machten deutlich, dass die geplanten Kürzungen beim Agrardiesel der falsche Weg sind und dem Klima nichts bringen, weil die Landwirte keine Alternative haben. Sie wiesen darauf hin, dass mit den Ergebnissen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), der Borchert-Kommission und der Bio-Strategie von allen Beteiligten getragene Konzepte auf dem Tisch liegen. »Sie müssen nur umgesetzt werden, um der Landwirtschaft Zukunft zu geben!«, schrieb der Biodachverband BÖLW.<sup>17</sup> Und die Bioverbände verurteilten »Proteste mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Parolen, Hass und Hetze sowie Angriffe auf Politiker«.<sup>18</sup> Auch in Deutschland hat sich die Politik von den Bauernprotesten hertreiben lassen. Die »Genug ist nicht Genug«-Mentalität des Bauernverbandes bestimmt die Debatte. Die Transformation der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die schon bisher vor allem in Strategiepapieren stattfand, blieb endgültig auf der Strecke. Beispiele dafür sind das Zukunftsprogramm Pflanzenschutz und die im Vermittlungsausschuss feststeckende Düngeverordnung.

**Bauernproteste:  
Bioverbände  
verurteilen  
Hass und Hetze**

### *Klein-klein reicht nicht*

Natürlich ist auch Positives passiert: Die Kampagne »Bio? Na Logo!« sorgte Anfang des Jahres für ein kurzes Informationsfeuerwerk. Die Maßnahmen der Bio-Strategie 2030 kommen langsam in die Umsetzung. In zahlreichen Modellregionen entstehen regionale Wertschöpfungsketten. Die Vernetzungsplattform ÖLAF (Ökolandbau trifft Forschung) bringt Ökobetriebe und Forschende für praxisnahe Forschungsprojekte zusammen. Für die Berufsschulen gibt es neues Unterrichtsmaterial zum Ökolandbau und ein neuer Leitfaden soll für »Mehr Bio mit Zertifikat in der AHV!« sorgen. Stimmt schon: Kleinvieh macht auch Mist. Aber welcher Landwirt düngt den Acker mit Hasenbollen? Deutlich mehr Geld fließt in den Umbau der Schweinehaltung. Eine Milliarde Euro steht zur Verfügung, um den tiergerechten Umbau von Ställen (auch für die Umstellung auf Bio) und die durch die neue Haltungsform entstehenden Mehrkosten zu bezuschussen.<sup>19</sup> Ob das reicht, Schweinehalter zur Umstellung zu motivieren, wird sich zeigen. Im Oktober 2024 meldete die Agrarmarkt Informations-Gesellschaft AMI: »Die knappe Versorgung bei Bio-Schweinen hat sich weiter verschärft.«<sup>20</sup>

**BÖLW: Politik  
verfolgt Ausbauziele  
für Bio nur halbherzig**

Auch das für 2026 neu geplante Eco-Scheme für die Weidehaltung hilft Biobetrieben. Im Entwurf des Agrarhaushalts für 2025 soll das Bundesprogramm Öko-Landbau wie heuer 40 Millionen Euro erhalten. Das Bundesprogramm zum Umbau der Nutztierhaltung wird um 50 auf 200 Millionen Euro aufgestockt. Doch Entscheidendes fehlt weiterhin: »Dass Deutschland bis 2027 die GAP-Mittel für den Biosektor nur für maximal 14 Prozent Bio-Fläche eingeplant hat, zeigt, wie halbherzig Bund und Länder sowohl das EU-Ausbauziel von 25 Prozent als auch das Regierungsziel von 30 Prozent verfolgen«, kommentierte der BÖLW.<sup>21</sup> Relevant für die Entwicklung von Bio sind auch andere Transformationsbemühungen des Bundes.

### *Hier haben Pestizide noch eine Zukunft*

Im November 2022 kündigte der Bundeslandwirtschaftsminister ein »Pestizid-Reduktionsprogramm« an. Im März 2024 veröffentlichte er eine »Diskussionsgrundlage« für ein Zukunftsprogramm Pflanzenschutz. Die Bio- und Umweltverbände forderten den Minister auf, konkrete Finanzierungsvorschläge für die genannten Maßnahmen zu machen und dafür umgehend eine Pestizidabgabe einzuführen. Bauernverband und Pestizidhersteller riefen

Zeter und Mordio. Als der Minister Anfang September das fertige Programm<sup>22</sup> vorstellte, lobte der Bauernverband, Anregungen seien aufgegriffen worden, und der Herstellerverband IVA sprach von einem wesentlich ausgewogeneren Papier. Für Bioland kommentierte Gerald Wehde, Geschäftsbereichsleiter Agrarpolitik: »Der im März dieses Jahres vorgelegte Entwurf zum Zukunftsprogramm Pflanzenschutz war bereits enttäuschend – die überarbeitete und jetzt vorgestellte Fassung frustriert nun aber gänzlich.«<sup>23</sup>

**Öko-Bündnis  
klagt gegen  
Pestizidzulassungen**

Dabei besteht Handlungsbedarf: Die Menge an ausgebrachten Pestizidwirkstoffen in Deutschland ist seit Jahrzehnten stabil, während die Giftigkeit der Substanzen zunimmt.<sup>24</sup> Bioprodukte sind durch Abdrift und vor allem durch die ubiquitäre Verbreitung leichtflüchtiger Wirkstoffe stark betroffen, wie das von reinen Biounternehmen getragene Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft zeigen konnte.<sup>25</sup> Zusammen mit dem Bundesverband Naturkost Naturwaren forderte das Bündnis als Konsequenz einen von den Pestizidherstellern mit 100 Millionen Euro zu füllenden Pestizidschadenfonds. Angesichts der behördlichen Untätigkeit auf Europa- und Bundesebene geht das Bündnis inzwischen auf EU-Ebene gerichtlich gegen die Zulassungsverlängerungen für die Wirkstoffe Fluopyram und Pendimethalin vor. Die Deutsche Umwelthilfe klagt dort ebenfalls gegen mehrere problematische Wirkstoffe. Die Umweltorganisation geht auch in Deutschland gerichtlich gegen die Zulassung einiger gebrauchsfertiger Pestizide vor und hat erste Erfolge erzielt. So kündigte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) an, die Zulassungen für Pestizide mit dem Fungizid Flufenacet zu widerrufen. Hilfreich für das juristische Vorgehen ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach die Behörden der Mitgliedstaaten bei der Zulassung eines gebrauchsfertigen Pestizids »eine objektive und transparente Bewertung dieses Antrags im Licht des neuesten Stands von Wissenschaft und Technik vornehmen« müssen (Az C-308/22, C-309/22, C-310/22). Dies bietet einen juristischen Hebel vor allem bei Wirkstoffen wie Pendimethalin, bei denen die EU eine erneute Risikobewertung seit Jahren verschleppt.

*Tierhaltung: Mit angebundener Handbremse*

Für die Bioverbände war es ein Erfolg, als im Juni 2023 das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz mit einer eigenen Biostufe beschlossen wurde. Es regelte die Mast bei Schweinen, sollte aber »zügig auf andere Tierarten, weitere Bereiche in der Verwertungskette etwa in der Gastronomie und den Lebenszyklus der Tiere ausgeweitet werden«, versprach das Ministerium damals.<sup>26</sup> Doch erst im Oktober 2024 legte das Ministerium Eckpunkte für die Haltungsstufen für Rindfleisch vor. Beim Schweinefleisch hakt es mit der Kennzeichnung, weil die Bundesländer spät bis gar nicht die Behörden festgelegt haben, bei denen die Mäster ihren Betrieb mit Haltungsstufe anmelden sollen.<sup>27</sup> Schneller und effektiver agierte der Handel, der sein eigenes Kennzeichnungssystem an die fünf Stufen anglich und die im Handel verwendeten Logos entsprechend sortierte. Damit hat (vorerst) der Handel für alle Tierarten außer Mastschweinen die Kriterien für die Stufen 1 bis 4 definiert.<sup>28</sup> Auch für Tierarten wie Puten oder ausgewachsene Rinder, für die es immer noch keine gesetzlichen Vorgaben gibt. Bio ist hier mit der fünften Stufe fein raus, leidet aber auch darunter, dass die Kennzeichnung so langsam kommt.

**Tierwohl:  
Handel agiert schneller  
und effektiver**

Mit der Novelle des Tierschutzgesetzes, die derzeit im Bundestag verhandelt wird, will die Bundesregierung eine der vielen Lücken in der Nutztierhaltung schließen und die Anbindehaltung verbieten, mit großzügigen Übergangsfristen und einem Bio-Zuckerl. Die in der EU-Öko-Verordnung als Ausnahme erlaubte saisonale Anbindung mit Auslauf zweimal die Woche wird nun als Alternative auch für konventionelle Milchbetriebe festgeschrieben. Die Bioverbände haben das begrüßt, anstatt sich zu fragen, warum sie es in 25 Jahren (so lange gibt es diese Ausnahme inzwischen) nicht geschafft haben, sich dieser schamhaft als Kombihaltung bezeichneten Haltungsform zu entledigen. Denn auch die von immer noch rund 1.000 Bio-Milcherzeugern in Deutschland praktizierte saisonale Anbindung ist nicht artgerecht, sondern tierschutzwidrig und der Verbraucherschaft kaum zu vermitteln. Sie seit 25 Jahren mit den immer gleichen betriebswirtschaftlichen Argumenten zu rechtfertigen, ist ein Armutszeugnis und beschädigt die Glaubwürdigkeit von Bio.

In der Milcherzeugung fällt den Biobetrieben demnächst eine weitere verdrängte Haltungsform auf die Füße: die werbliche Gleichsetzung von Auslauf und Weidegang. »Biotiere

gehören auf die Weide«, heißt es richtigerweise in vielen bunten Broschüren. Fakt ist, dass zahlreiche Biobetriebe ihre Milchkühe nur als Trockensteller grasen lassen und die Tiere in der Produktion höchstens einen Auslauf am Hof haben. Allein in Bayern sind nach Schätzungen der Verbände etwa ein Drittel der Milcherzeuger betroffen. Vor allem aus betrieblichen Gründen, weil die Weiden zu weit weg sind und ein täglicher Austrieb beschwerlich. Doch die EU-Kommission drängt darauf, die seit 25 Jahren geltende Weidepflicht endlich umzusetzen. »Um ein Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden und gleichwohl möglichst praktikable und bundesweit tragfähige Lösungen zu finden, hat die Länderarbeitsgemeinschaft Ökolandbau (LÖK) daher ein sogenanntes Weidepapier erstellt. Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus Öko-Kontrollstellen, Öko-Verbänden und zuständigen Länderbehörden wird zudem Arbeitshilfen zusammenstellen, die bei der Umsetzung des EU-Ökorechts in Beratung und Kontrolle behilflich sein können«. Das sagte BMEL-Staatssekretärin Ophelia Nick Anfang Oktober 2024 in einer Fragestunde des Bundestages.<sup>29</sup> Dem Weidepapier zufolge würde es nur noch temporäre Ausnahmen von der Weidepflicht geben, etwa wenn Dauerregen die Weiden aufgeweicht hat oder wegen Dürre der Aufwuchs fehlt. »Andere Gründe wie zum Beispiel strukturelle Bedingungen wie die betrieblich unzureichende Verfügbarkeit oder Erreichbarkeit des Weidelandes führen zu keiner Einschränkung der Weideverpflichtung«, heißt es in dem Papier.<sup>30</sup> Dies könne unter Umständen »für einen einzelnen Betrieb bedeuten, neue ökologische Betriebszweige als Alternative zur Rinderhaltung zu entwickeln oder zu einer konventionellen Bewirtschaftung zurückzukehren«, sagte Nick. In Österreich gaben mit Einführung der Weidepflicht 2022 etwa vier Prozent der Milchbetriebe ihr Biozertifikat zurück.

**Probleme bei der Umsetzung der Weidepflicht**

### Der Markt hat sich stabilisiert

Ungeachtet der politischen und sonstigen Widrigkeiten hat sich der Markt für Biobiolebensmittel erholt. Dabei begann das Jahr 2024 mit einem Paukenschlag: Die Zahl der Biobetriebe sank erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen um 0,5 Prozent auf 36.680, was 14,4 Prozent aller Höfe in Deutschland entspricht. Trotzdem nahm die ökologisch bewirtschaftete Fläche um 29.439 Hektar oder 1,6 Prozent auf 1.888.999 Hektar zu.<sup>31</sup> Das entspricht einer Quote von 11,4 Prozent. Dafür gibt es zwei Erklärungen: Ausgeschieden sind womöglich mehr kleinere Betriebe, während flächenmäßig große neu dazukamen. Zudem haben vermutlich viele ausscheidende Biobäuerinnen und -bauern ihre Flächen an Kollegen verpachtet. Bei den verarbeitenden Betrieben gab es ein Plus von 2,3 Prozent auf 22.320. Ebenso stieg die Zahl der Importeure und Futtermittelhersteller leicht, während die reinen Handelsunternehmen um 3,3 Prozent weniger wurden – vermutlich eine Folge der Umsatzrückgänge im Fachhandel. Nach Angaben des Arbeitskreises Biomarkt gaben die Verbraucher 2023 in Deutschland 16,1 Milliarden Euro für Biobiolebensmittel aus und damit fünf Prozent mehr als im Vorjahr.<sup>32</sup> Doch dieser Zuwachs verdankte sich allein höheren Preisen. Der Absatz an Biobiolebensmitteln stagnierte 2023, wobei sich einzelne Sortimente sehr unterschiedlich entwickelten.

**Zahl der Biobetriebe sinkt erstmals ...**

Im Laufe des Jahres stabilisierte sich der Biomarkt deutlich. Die Marktforscher von Nielsen (NIQ) meldeten fürs erste Halbjahr 2024 im Lebensmittel Einzelhandel (LEH) für Bio ein Umsatzwachstum von neun Prozent, gegenüber zwei Prozent Plus bei konventionellen Lebensmitteln.<sup>33</sup> Die AMI verzeichnete für die Biofrische ein Plus von 1,6 Prozent im ersten Halbjahr<sup>34</sup> und das Umsatzbarometer für den Biofachhandel errechnete für denselben Zeitraum ein Plus von 4,3 Prozent.<sup>35</sup> Die ersten Zahlen für das dritte Quartal deuten darauf hin, dass sich die Erholung fortsetzt, allerdings in einzelnen Warengruppen sehr unterschiedlich. So leiden Geflügel und Eier immer noch unter der Sparsamkeit der Verbraucherschaft, während manches Obst und Gemüse wetterbedingt knapp war.

**... bewirtschaftete Fläche nimmt zu**

Die Zahlen zeigen auch, dass ein Großteil des Wachstums auf die Discounter entfällt. Mit der Partnerschaft zwischen Biokreis und Netto setzt nun auch der letzte bisher noch fachhandelstreue Verband auf diese Vertriebschiene. Gleichzeitig plant Bioland, künftig italienische Betriebe (und nicht nur südtiroler) aufzunehmen. Hier dürfte die Nachfrage des LEH nach mehr Verbandsware bei Gemüse eine wichtige Rolle spielen. Von der steigenden Nachfrage wollen auch die österreichischen Nachbarn profitieren. Mit Next Bio<sup>36</sup> will Bio Austria ein

eigenes Label auf dem deutschen Markt platzieren und dafür gleichwertig und einfach Rohstoffe aller Verbände anerkennen und bündeln. Denn nicht immer können die Verbände die Nachfrage ihrer Vertriebspartner decken. »Dies wiederum löst zum Teil komplizierte Zulassungs- und Rezertifizierungsverfahren aus und führt zu Mehrfachmitgliedschaften der Erzeuger und Landwirte. Auch die zwischen einigen deutschen Verbänden ausgehandelte Branchenvereinbarung konnte hier bisher kaum Abhilfe schaffen«, analysierte das Fachmagazin *Biowelt*.<sup>37</sup> Ob sich die Discounter allerdings auf ein den Verbrauchern gänzlich unbekanntes Logo stützen wollen, ist fraglich.

**Bio punktet vor allem bei der jungen Generation**

Bei den Produkten des täglichen Bedarfs »nimmt die Bedeutung von Nachhaltigkeit weiter zu«, berichteten die Marktforschenden von GfK in ihrem Nachhaltigkeitsindex.<sup>38</sup> Sie stellten fest, dass inzwischen »Bio-Produkte von Konsumenten als ähnlich qualitativ hochwertig und vertrauenswürdig wahrgenommen werden wie Markenprodukte«. Die aktuelle Marktentwicklung zeige, dass derzeit vor allem Handelsmarken, die das Thema Bio stark besetzen, bei der jungen Generation punkten können. Die von der AMI aufbereiteten GfK-Zahlen zeigen auch, dass die Preisspanne zwischen konventionell und Bio mit der Inflation und der Verlagerung zu Discountern und Handelsmarken deutlich gesunken ist.

Das alles lässt den Schluss zu, dass im Februar 2025 auf der Biofach ein deutliches Umsatzplus für Biolebensmittel verkündet werden wird. Ob diese Entwicklung auch auf der Erzeugerebene ankommt, ist offen. Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete im April 2024 ein Plus von 40 Betrieben, das sind etwa drei Prozent mehr. Bayern meldete auf der Basis der jeweils im Mai einzureichenden Mehrfachanträge einen Rückgang an Biobetrieben von 11269 im Jahr 2023 auf 11071 in 2024. In NRW stagnierten 2024 die Anträge, während sie in Hessen deutlich zunahmen.

**Bio braucht faire Preise**

Damit Landwirte umstellen, muss sich Bio rechnen. Das ist bei einem wieder sinkenden Preisabstand bei Milch eher nicht der Fall. Für Brotgetreide bekommen die Erzeuger nicht mehr als vor zehn Jahren, für Futtergetreide sogar weniger. Trotz Inflation. Zu den wirtschaftlichen Aspekten kommen neue Anforderungen aus Brüssel: Neben der verpflichtenden Weidehaltung bei Milchkühen sind das etwa die Anlage von Ausläufen für Jungvögel ab dem ersten Tag oder das Entfernen von Überdachungen bei Außenanlagen für Schweine. »Kein Schwein will sich einen Sonnenbrand holen, und kein Küken findet am ersten Lebenstag den Weg zurück in den Stall«, kommentierte das Biolandwirt Carsten Bauck gegenüber *TopAgrar*.<sup>39</sup>

**Bioverbände ermitteln Orientierungspreis für Milch**

Da von der Politik wenig zu erwarten ist (siehe oben), ist es an den Vermarktungspartnern, die Umstellung auf Bio wirtschaftlich interessant zu machen. Das Stichwort dafür sind faire, kostendeckende Preise. Für Milch haben sowohl das MEG Milchboard als auch Bioland und Naturland einen solchen Preis berechnet und liegen dabei mit 68,95 und 69,9 Cent je Kilogramm eng zusammen – und deutlich über dem durchschnittlichen Auszahlungspreis, der laut Bioland 2024 bei 55,5 Cent startete und im September bei 57,8 Cent lag. (Zu dem Thema Milchpreise siehe die beiden Beiträge von Gabriela Fiebinger und Karin Jürgens in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 139-142 bzw. 160-164.) Das Aktionsbündnis der Bioschweinehalter schrieb im Sommer, dass es Modelle zur Ermittlung eines vollkostendeckenden Preises gebe, sie aber kaum angewandt würden. »Entsprechend hat der Handel keinen Anlass, sich zu wundern, dass Bio-Schweine knapp sind und bleiben«, schrieb das Bündnis. Angesichts der zu niedrigen Preise gebe es keine Anfragen nach einer Umstellung. »Ein geplanter Umstellertag mit Schwerpunkt Schweine wurde kürzlich in Niedersachsen wegen fehlenden Interesses abgesagt. Und jedes Jahr stellen Bio-Betriebe die Bio-Schweinehaltung ein, weil bei anstehenden Neuinvestitionen oder Betriebsleiterwechsel die Bio-Schweinehaltung nicht selten hinten runterfällt.«<sup>40</sup> Auch bei vielen anderen Bioerzeugnissen zahlt die abnehmende Hand keine kostendeckenden Preise. Allerdings fehlen allgemein verbindliche Kostenanalysen als Basis für Preis- und Mengenabsprachen, wie sie die Gemeinsame Marktordnung für Erzeugnisse mit höheren Standards zulässt. Selbst wenn solche Absprachen (wie derzeit bei der Milch) noch nicht zustande kommen, können Orientierungspreise doch Druck auf den Handel entfalten. In der Schweiz legen die Marktpartner unter Führung von BioSuisse



Richtpreise nicht nur für tierische Lebensmittel, sondern auch für Getreide, Obst und Gemüse fest. In Deutschland sollten die Verbände zusammen mit der Wissenschaft vorgehen und solche Orientierungspreise berechnen – damit klar ist, was Bio tatsächlich kostet bzw. wert ist.

Faire Preise sind das eine, faire Handelsbedingungen das zweite. Darum kümmert sich die Mitte 2023 von mehreren Bioverbänden und Unternehmen gegründete Allianz für Faire und Ökologische Marktwirtschaft (FÖM). Sie hat fünf grundlegende Handelspraktiken für einen fairen Umgang im Handelsgeschäft und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Lieferanten formuliert. Bisher haben sich Aldi und Rewe verpflichtet, diese Prinzipien einzuhalten; mit den anderen Großen ist die FÖM im Gespräch. Weil Papier geduldig ist, hat die FÖM auch eine Meldestelle für Mitglieder der sie tragenden Verbände eingerichtet, damit diese unfaire Praktiken oder Verstöße gegen die Verpflichtungserklärung melden können. Diese Meldungen sollen in die Anfang 2025 anstehenden ersten Jahresgespräche mit Rewe und Aldi einfließen.

#### *Biobürokratie erfolgreich exportiert*

Fairness ist auch gegenüber vielen Erzeugern in Drittländern gefragt, die unter der Neufassung der EU-Regeln für Bioimporte leiden. Sie müssen die auf europäische Erzeuger ausgerichteten EU-Regeln nicht mehr sinngemäß, sondern wörtlich einhalten, sofern das Drittland kein Handelsabkommen für Bioprodukte abgeschlossen hat oder als äquivalent anerkannt ist. Zudem definierte die EU-Kommission erstmals detaillierte Anforderungen für die Gruppenzertifizierung im In- und Ausland, um deren Kontrolle zu verbessern. Sie zwingen die Kleinbauernorganisationen teilweise zu deutlichen Strukturänderungen. Die Übergangsfrist der EU-Öko-Verordnung 2018/848 für Importe läuft Ende 2024 aus. Doch die EU-Kommission hat die für die Konformitätsprüfung erforderliche Neuzulassung der Biokontrollstellen noch nicht abgeschlossen. Deshalb sind bis 15. Oktober 2025 im Rahmen einer Ausnahmeregelung noch Importwaren zugelassen, die nach der ehemaligen Ökoverordnung zertifiziert wurden. Davon unabhängig sind die neuen Regeln eine Herausforderung. »Um negative Auswirkungen auf Kleinbäuerinnen und -bauern abzupuffern, braucht es dringend unterstützende Maßnahmen von europäischen Handelspartnern, gezielte Förderprogramme für die Beratung und Schulung von Produzentengruppen sowie finanzielle Unterstützung für die Anpassungskosten«, schrieb deshalb das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) als Fazit einer umfangreichen Studie.<sup>41</sup> Ansonsten drohe die Gefahr, dass Produzentengruppen ihre Biozertifizierung aufgeben oder verlieren und Rohstoffe knapp werden.

**Höhere Anforderungen bei der Zertifizierung von Bio-Importware**

#### *Bio: regional, nachhaltig, vielfältig*

Regionales, kleinräumiges Bio jenseits der Zentrallager zu fördern, ist das Anliegen zahlreicher von Bund und Ländern geförderter Modellregionen und -projekte.<sup>42</sup> Deren wichtigste Erkenntnis: Es braucht viel Zeit und viel Geld, um die verheerenden Folgen von 50 Jahren Strukturwandel zurückzudrehen und regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen, die tatsächlich Wirkung zeigen. Ein beispielhaftes Projekt dafür ist das Biowertschöpfungszentrum in Eissen im Kreis Höxter in Westfalen. Wie sich die Rahmenbedingungen für dezentrale, handwerklich orientierte Bio-Verarbeitungsstrukturen verbessern lassen, ist das Thema des bis Mitte 2025 laufenden Forschungsprojektes »BioVerarbeitungStark«, das vom BÖLW organisiert wird.

**Nachhaltigkeit und Biodiversität gewinnen als Themen in der Verbandsarbeit an Bedeutung**

Die Verbände haben 2024 die Themen Nachhaltigkeit und Biodiversität nach vorne gestellt. Naturland hat eine Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt<sup>43</sup> und will Nachhaltigkeitsleistungen der Betriebe identifizieren, digital erfassen und somit sichtbar und auswertbar machen. Zudem will der Verband die Betriebe unterstützen, zusätzliche Potenziale zu erkennen und zu nutzen. Außerdem sollen bestimmte Nachhaltigkeitsleistungen finanziell honoriert werden, damit sie dauerhaft erbracht werden können. Als ersten Schritt startete der Verband ein Förderprogramm Artenvielfalt auf Naturland-Höfen, mit dem in diesem Jahr Maßnahmen auf 900 Hektar finanziert wurden. Das Geld dafür stammte aus dem Verkauf eigens gelabelter Produkte bei Aldi. Das Programm soll 2025 für weitere Naturland-Partner geöffnet werden.

### Neumarkter Lammsbräu entlohnt Gemeinwohlleistungen

Die von Lidl mit unterstützter Bioland-Stiftung startete 2024 das Förderprogramm »Höfe. Bilden. Vielfalt«<sup>44</sup>, das Betriebe finanziell unterstützt, die innovative Maßnahmen zur Stärkung der Biodiversität entwickeln und umsetzen. Zudem bietet das Programm einen Praxiskurs, der Landwirte ein Jahr lang und durch die Jahreszeiten hindurch zu den Themen Artenvielfalt und Landwirtschaft begleitet. Eine eigene Biodiversitätsrichtlinie ist bei Bioland bereits seit 2021 in Kraft. Sie verpflichtet die Betriebe, Maßnahmen aus einem Katalog umzusetzen, die in der Summe mindestens 100 Biodiversitätspunkte ergeben müssen.

Verbandsübergreifend nutzen, oft unterstützt von Verarbeitern oder Großhändlern, immer mehr Betriebe die Regionalwertleistungsberechnung, um ihre Nachhaltigkeitsleistungen und deren Wert darzustellen. In einem Projekt werden seit Anfang 2024 die Daten von 1.000 einzelbetrieblichen Auswertungen (Bio und konventionell) gesammelt und vom Kuratorium Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) aufbereitet. Mit der Neumarkter Lammsbräu hat ein erster Bio-Verarbeiter beschlossen, seine Rohstofflieferanten für die nachgewiesenen Gemeinwohlleistungen auch zu entlohnen und stellt dafür ein Prozent seines Umsatzes bereit (siehe hierzu den Beitrag von Christian Hiß in diesem *Kritischen Agrarbericht*, Kasten auf S. 200).

#### Den Jungen eine Stimme

Im Februar 2024 schlossen sich die Jugendorganisationen von Bioland, Naturland, Bio-kreis, Demeter, BNN und Slowfood zum *Bündnis Junge ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft (Bündnis JöLL)* zusammen. Das Bündnis sieht sich als Dachverband für junge Organisationen, die sich entlang der ökologischen Lebensmittel-Wertschöpfungskette engagieren. Neben der Funktion als bundespolitische Vertretung der jungen ökologischen Lebensmittelwirtschaft will das Bündnis JöLL verbandsübergreifend Bildung und Netzwerke in der Biobranche fördern. Dazu sollte auch zählen, die anderen jungen Netzwerke der Branche mit einzubinden: Die Junge AÖL, das von der Schweisfurth Stiftung getragene Öko-Junglandwirt:innen-Netzwerk mit seiner jährlichen Tagung und dem Hofübergabeforum sowie die Junge Abl: Damit das junge Bio tatsächlich mit voller Stimmkraft spricht.

Die zunehmende Ausrichtung des Biomarktes (und der Verbände) auf die Discounter und die Handelsmarken der Vollsortimenter ist für das 30 Prozent Bio-Ziel unvermeidbar. Gleichzeitig wächst in der Biobewegung die Befürchtung, dass damit kleine, regional orien-

### Fünf Kernforderungen an die Politik

1. Die aktuelle Bio-Strategie ist auch von einer neuen Bundesregierung weiterzuführen und mit den notwendigen Finanzmitteln zu hinterlegen. Um das 30 Prozent-Ziel zu erreichen, braucht es weitergehende Maßnahmen wie Wirtschaftsförderprogramme oder eine Steuerreform, die Biolebensmittel von der Umsatzsteuer befreit.
2. Der GAP-Strategieplan und die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) müssen auf 30 Prozent Bio ausgerichtet werden. Die Finanzplanung sollte zu den Ausbauzielen passen und die Förderhöhe eine Umstellung auch auf Gunststandorten ermöglichen. Zudem sind die Kombinationsmöglichkeiten der diversen Agrarumweltprogramme zu verbessern.
3. Mit dem Neustart der GAP ab 2027 muss es gelingen, von der Flächenprämie wegzukommen und gezielt die Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft zu hono-



rieren. Dafür sollte jetzt mit den notwendigen inhaltlichen und diplomatischen Vorbereitungen begonnen werden, um eine reformwillige Mehrheit der Mitgliedstaaten zu erreichen.

4. Die Neue Gentechnik (NGT) muss ebenso wie die bisherige einem strikten Zulassungsverfahren mit Risikoprüfung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit unterliegen. Der Versuch, einen eigenen Rechtsrahmen für NGT zu schaffen, gefährdet den Ökolandbau und insgesamt die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft.
5. Die Bundesregierung muss den Einsatz glyphosathaltiger Herbizide und anderer problematischer Pestizide möglichst weitgehend untersagen. Das Zukunftsprogramm Pflanzenschutz ist mit dem Ziel einer Halbierung des Pestizideinsatzes zu überarbeiten und sollte mit einer an der Giftigkeit der Wirkstoffe ausgerichteten Pestizidabgabe flankiert werden.

tierte Betriebe und die mit ihnen oft verbundene ganzheitliche Sichtweise, dass Bio weit mehr ist als eine Anbaupraxis mit Siegel, in Gefahr geraten. Umgekehrt bietet sich diesem Teil des Biosektors, der sich etwa im Boom der SoLaWis oder Mitgliedsläden zeigt, die Chance, sich als sichtbare Alternative zum Bio-Mainstream zu profilieren und als Pioniere neue Biowege zu gehen. Damit Bio in Bewegung bleibt.

### Anmerkungen

- 1 European Commission: Trends in the use and risk of chemical pesticides and in the use of more hazardous pesticides. Bussels, 8. July 2024 ([https://food.ec.europa.eu/plants/pesticides/sustainable-use-pesticides/farm-fork-targets-progress/eu-trends\\_en](https://food.ec.europa.eu/plants/pesticides/sustainable-use-pesticides/farm-fork-targets-progress/eu-trends_en)).
- 2 Umweltbundesamt: Irreführende Berechnung: EU-Pläne zur Pestizidreduktion gefährdet. Dessau-Roßlau, 25. Oktober 2023 ([www.umweltbundesamt.de/themen/irrefuehrende-berechnung-eu-plaene-zur](http://www.umweltbundesamt.de/themen/irrefuehrende-berechnung-eu-plaene-zur)).
- 3 Europäischer Rechnungshof: Sonderbericht Ökologischer/biologischer Landbau in der EU: Lücken und Unstimmigkeiten beeinträchtigen den Erfolg der Politik. Luxembourg 2024 ([https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-19/SR-2024-19\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-19/SR-2024-19_DE.pdf)).
- 4 »EU-Unterstützung für Öko-Landbau sollte breiter angelegt sein«. Pressemitteilung des Europäischen Rechnungshofs vom 23. September 2024 ([www.eca.europa.eu/de/news/NEWS-SR-2024-19](http://www.eca.europa.eu/de/news/NEWS-SR-2024-19)).
- 5 Antworten der Europäischen Kommission auf den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs. Brüssel 2024 ([www.eca.europa.eu/Lists/ECARepplies/COM-Replies-SR-2024-19/COM-Replies-SR-2024-19\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECARepplies/COM-Replies-SR-2024-19/COM-Replies-SR-2024-19_DE.pdf)).
- 6 Mission Letter: Christophe Hansen – Commissioner-designate for Agriculture and Food. Brussels, 17. September 2024 ([https://commission.europa.eu/document/download/2c64e540-c07a-4376-a1da-368d289f4afe\\_en?filename=Mission%20letter%20-%20HANSEN.pdf&prefLang=de](https://commission.europa.eu/document/download/2c64e540-c07a-4376-a1da-368d289f4afe_en?filename=Mission%20letter%20-%20HANSEN.pdf&prefLang=de)).
- 7 Questionnaire to the Commissioner-designate Christophe Hansen. Oktober 2024 ([https://hearings.elections.europa.eu/documents/hansen/hansen\\_writtenquestionsandanswers\\_en.pdf](https://hearings.elections.europa.eu/documents/hansen/hansen_writtenquestionsandanswers_en.pdf)).
- 8 Mitteilung der Kommission: Die Natur als Fundament der Zukunft: Förderung der Biotechnologie und der Bioproduktion in der EU, COM(2024) 137 final ([www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2024/0101-0200/175-24.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2024/0101-0200/175-24.pdf?__blob=publicationFile&v=1)).
- 9 Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024-2029. Brüssel, 18. Juli 2024 ([https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648\\_de](https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de)).
- 10 Mission Letter: Olivér Várhelyi – Commissioner-designate for Health and Animal Welfare. Brussels, 17. September 2024 ([https://commission.europa.eu/document/download/b1817a1b-e62e-4949-bbb8-ebf-29b54c8bd\\_en?filename=Mission%20letter%20-%20VARHELYI.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/b1817a1b-e62e-4949-bbb8-ebf-29b54c8bd_en?filename=Mission%20letter%20-%20VARHELYI.pdf)). – Questionnaire to the Commissioner-designate Olivér Várhelyi, Oktober 2024 ([https://hearings.elections.europa.eu/documents/varhelyi/varhelyi\\_writtenquestionsandanswers\\_en.pdf](https://hearings.elections.europa.eu/documents/varhelyi/varhelyi_writtenquestionsandanswers_en.pdf)).
- 11 Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU, Zusammenfassung ([https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/c9fdbb7b-10c9-405f-9be8-427ef6ad7614\\_de](https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/c9fdbb7b-10c9-405f-9be8-427ef6ad7614_de)).
- 12 Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU, Langfassung auf englisch ([https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/171329ff-of50-4fa5-946f-aea11032172e\\_en?filename=strategic-dialogue-report-2024\\_en.pdf&prefLang=de](https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/171329ff-of50-4fa5-946f-aea11032172e_en?filename=strategic-dialogue-report-2024_en.pdf&prefLang=de)).
- 13 »Zukunftskommission Landwirtschaft umsetzen!« Pressemitteilung des Deutschen Bauernverbands vom 12. Oktober 2021 ([www.bauernverband.de/fileadmin/user\\_upload/dbv/pressemitteilungen/2021/KW\\_41\\_bis\\_KW\\_53/KW\\_41/2021\\_-\\_142\\_PM\\_DBV\\_\\_DNR\\_Sondierungen.pdf](http://www.bauernverband.de/fileadmin/user_upload/dbv/pressemitteilungen/2021/KW_41_bis_KW_53/KW_41/2021_-_142_PM_DBV__DNR_Sondierungen.pdf)).
- 14 »Bauernverband zum Abschluss des strategischen Dialogs mit der Landwirtschaft in der EU«. Pressemitteilung des Deutschen Bauernverbands vom 4. September 2024 ([www.bauernverband.de/fileadmin/user\\_upload/dbv/pressemitteilungen/2024/KW\\_36/PM\\_o87\\_-\\_Strategischer\\_Dialog\\_mit\\_der\\_Landwirtschaft.pdf](http://www.bauernverband.de/fileadmin/user_upload/dbv/pressemitteilungen/2024/KW_36/PM_o87_-_Strategischer_Dialog_mit_der_Landwirtschaft.pdf)).
- 15 Stellungnahme der Verbände-Plattform: Zukunft gestalten. Gemeinsam für eine krisenfesten, ökologischeren und gerechten Landwirtschaft und Agrarpolitik. Ziele, Forderungen und Vorschläge der Verbände-Plattform für die GAP-Reform nach 2027 und Schritte des Übergangs. Berlin, November 2023 ([www.verbaende-plattform.de/fileadmin/Dokumente\\_u.\\_Grafiken/Stellungnahmen/ZUKUNFT\\_GESTALTEN\\_Die\\_Verb%3%A4nde-Plattform\\_zur\\_GAP\\_nach\\_27\\_Einzelseite.pdf](http://www.verbaende-plattform.de/fileadmin/Dokumente_u._Grafiken/Stellungnahmen/ZUKUNFT_GESTALTEN_Die_Verb%3%A4nde-Plattform_zur_GAP_nach_27_Einzelseite.pdf)).
- 16 J. Sanders et al.: Honorierung von Umweltleistungen unter besonderer Berücksichtigung des ökologischen Landbaus. Hrsg. von FiBL und Thünen-Institut. Frankfurt am Main und Braunschweig 2023 ([https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn067271.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn067271.pdf)).
- 17 »Perspektive gegen den Bauernfrust: Ökolandbau zukunftsfähig ausbauen für Höfe, Umwelt und Haushalt«. Pressemitteilung des BÖLW vom 15. Januar 2024 ([www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/perspektive-gegen-den-bauernfrust-oekolandbau-zukunftsfaeelig-ausbauen-fuer-hoefe-umwelt-und-haushalt/](http://www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/perspektive-gegen-den-bauernfrust-oekolandbau-zukunftsfaeelig-ausbauen-fuer-hoefe-umwelt-und-haushalt/)).
- 18 »Keine Haushaltssanierung auf Kosten des überflüssigen ökologischen Umbaus der Landwirtschaft und Ernährung«. Pressemitteilung des BÖLW vom 5. Januar 2024 ([www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/keine-haushaltssanierung-auf-kosten-des-ueberfaelligen-oekologischen-umbaus-von-landwirtschaft-und-ernaehrung/](http://www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/keine-haushaltssanierung-auf-kosten-des-ueberfaelligen-oekologischen-umbaus-von-landwirtschaft-und-ernaehrung/)).
- 19 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung: Förderung für den Bau und Umbau von Schweineställen ([www.ble.de/DE/Projektfoerderung/Foerderungen-Auftraege/Bundesprogramm\\_Umbau\\_Tierhaltung/Investive\\_Foerderung/investiv\\_node.html;jsessionid=10AAACBD68DA531270FE0B43DFD321C.internet962](http://www.ble.de/DE/Projektfoerderung/Foerderungen-Auftraege/Bundesprogramm_Umbau_Tierhaltung/Investive_Foerderung/investiv_node.html;jsessionid=10AAACBD68DA531270FE0B43DFD321C.internet962)).
- 20 AML: Marktwoche Öko-Landwirtschaft 41-2024.
- 21 »Deutschland verfolgt Bio-Ziele halbherzig«. Pressemitteilung des BÖLW vom 23. September

- 2024 ([www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/deutschland-verfolgt-bio-ziele-halbherzig/](http://www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/deutschland-verfolgt-bio-ziele-halbherzig/)).
- 22 Zukunftsprogramm Pflanzenschutz des BMEL ([www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Landwirtschaft/Pflanzenbau/Pflanzenschutz/zukunftsprogramm-pflanzenschutz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/Pflanzenbau/Pflanzenschutz/zukunftsprogramm-pflanzenschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=5)).
- 23 »Pflanzenschutzprogramm wird trotz Anpassungen wesentlichen Zukunftsfragen der Landwirtschaft nicht gerecht«. Pressemitteilung des Deutschen Bauernverbands vom 4. September 2024 ([www.bauernverband.de/fileadmin/user\\_upload/dbv/pressemitteilungen/2024/KW\\_36/PM\\_088\\_-\\_Zukunftsprogramm\\_Pflanzenschutz.pdf](http://www.bauernverband.de/fileadmin/user_upload/dbv/pressemitteilungen/2024/KW_36/PM_088_-_Zukunftsprogramm_Pflanzenschutz.pdf)). – »Pflanzenbau der Zukunft braucht Innovationen«. Pressemitteilung des Industrieverbands Agrar (IVA) vom 4. September 2024 ([www.iva.de/newsroom/neuigkeiten/pressemitteilung/iva-pflanzenbau-der-zukunft-braucht-innovationen](http://www.iva.de/newsroom/neuigkeiten/pressemitteilung/iva-pflanzenbau-der-zukunft-braucht-innovationen)). – »Zukunftsprogramm Pflanzenschutz« noch schwächer als erwartet«. Pressemitteilung von Bioland 4. September 2024 ([www.bioland.de/presse/pressemitteilungen/news-detail/zukunftsprogramm-pflanzenschutz-noch-schwaecher-als-erwartet](http://www.bioland.de/presse/pressemitteilungen/news-detail/zukunftsprogramm-pflanzenschutz-noch-schwaecher-als-erwartet)).
- 24 »Studie zur Toxizität von Pestiziden in Deutschland sieht Handlungsbedarf«. Pressemitteilung der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU) vom 16. Januar 2023 (<https://rptu.de/newsroom/detail/news/studie-zur-toxizitaet-von-pestiziden-in-deutschland-sieht-handlungsbedarf>).
- 25 Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft: Factsheet zur Datenauswertung »chemisch-synthetische Pestizide auf Bio-Äckern«. 13. Februar 2024 (<https://enkeltauglich.bio/wp-content/uploads/Factsheet-Biofach-2024.pdf>).
- 26 »Tierhaltungskennzeichnung und Änderungen des Baurechts im Bundestag beschlossen«. Pressemitteilung des BMEL vom 16. Juni 2023 ([www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/082-thk.html](http://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/082-thk.html)).
- 27 »Özdemir begrüßt Vorreiterrolle Niedersachsens bei der Umsetzung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes«. Pressemitteilung des BMEL vom 22. Juni 2024 ([www.bmel.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Presse/2024/240622-tierhaltungskennzeichnungsgesetz.html](http://www.bmel.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Presse/2024/240622-tierhaltungskennzeichnungsgesetz.html)).
- 28 <https://haltungform.de/kriterien-5stufig/>.
- 29 Deutscher Bundestag, Drucksache 20/13175 vom 4. Oktober 2024, S. 60 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/131/2013175.pdf>).
- 30 LÖK AG Weidehaltung: »Weidepapier«. Stand: 26. März 2024 ([www.qal-gmbh.de/assets/Uploads/Anlage-2-LOeK-B\\_Weidepapier\\_final.pdf](http://www.qal-gmbh.de/assets/Uploads/Anlage-2-LOeK-B_Weidepapier_final.pdf)).
- 31 BLE: Strukturdaten zum ökologischen Landbau für das Jahr 2023. 8. Juli 2024 ([www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/Oekologischer-Landbau/ZahlenOekolandbau2023.pdf;jsessionid=009FCD664202679217CE1215E8C91BFB.inter-net962?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/Oekologischer-Landbau/ZahlenOekolandbau2023.pdf;jsessionid=009FCD664202679217CE1215E8C91BFB.inter-net962?__blob=publicationFile&v=3)).
- 32 »Bio-Markt wächst wieder – vor allem durch höhere Preise«. Pressemitteilung der AMI vom 15. März 2024 ([www.ami-informiert.de/ami-maerkte/maerkte/ami-maerkte-oekolandbau/meldungen/single-ansicht?tx\\_aminews\\_singleview%5Baction%5D=show&tx\\_aminews\\_singleview%5Bcontroller%5D=News&tx\\_aminews\\_singleview%5Bnews%5D=46360&cHash=b528e3e9d5a2d2e89cb483ado6df3d12](http://www.ami-informiert.de/ami-maerkte/maerkte/ami-maerkte-oekolandbau/meldungen/single-ansicht?tx_aminews_singleview%5Baction%5D=show&tx_aminews_singleview%5Bcontroller%5D=News&tx_aminews_singleview%5Bnews%5D=46360&cHash=b528e3e9d5a2d2e89cb483ado6df3d12)).
- 33 »GfK Nachhaltigkeitsindex zeigt leichten Rückgang«. Pressemitteilung der GfK vom 8. August 2024 (<https://nielseniq.com/global/de/news-center/2024/gfk-nachhaltigkeitsindex-zeigt-leichten-rueckgang/>).
- 34 AMI: Marktwoche Öko-Landwirtschaft 34-2024.
- 35 »Die Umsätze des Bio-Fachhandels steigen weiter an«. Pressemitteilung BioHandel vom 26. Juli 2024 (<https://biohandel.de/bio-wissen/marktanalysen/die-umsaetze-des-fachhandels-steigen-weiter-an>).
- 36 [www.nextbio.de](http://www.nextbio.de).
- 37 Biowelt 2/2024: Eine für alle? (<https://baeckerwelt.de/wp-content/uploads/probelesen/biowelt.pdf>)
- 38 GfK (siehe Anm. 33).
- 39 »Biobauern schütteln über neue Verordnungen die Köpfe«. Meldung top agrar vom 3. September 2024 ([www.topagrar.com/betriebsleitung/news/biobauern-schutteln-uber-neue-verordnungen-die-kopfe-b-20006275.html](http://www.topagrar.com/betriebsleitung/news/biobauern-schutteln-uber-neue-verordnungen-die-kopfe-b-20006275.html)).
- 40 ABD, 23.06.2024: »Zu wenig Bio-Schweine: Der Handel hat es selbst in der Hand, die Versorgung des Marktes sicherzustellen!«. Pressemitteilung des Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschlands (ABD) vom 23. Juni 2024 ([www.bioschweine-deutschland.de/newsreader/zu-wenig-bio-schweine-der-handel-hat-es-selbst-in-der-hand-die-versorgung-des-marktes-sicherzustellen.html](http://www.bioschweine-deutschland.de/newsreader/zu-wenig-bio-schweine-der-handel-hat-es-selbst-in-der-hand-die-versorgung-des-marktes-sicherzustellen.html)).
- 41 F. Meinshausen: EU-Regeln fordern Kleinbauern heraus. In: *Ökologie & Landbau* 4 (2024), S. 48-50 (<https://orgprints.org/id/eprint/54090/1/meinshausen-2024-OEL-Nr4-p48-50.pdf>).
- 41 I. Blaschitz und L. Frührschütz: Die Modellregionen, Übersichtskarte. In: *Ökologie & Landbau* 4 (2024), S. 25 ([www.oekom.de/\\_files\\_media/zeitschriften/artikel/OEL\\_2024\\_04\\_24.pdf](http://www.oekom.de/_files_media/zeitschriften/artikel/OEL_2024_04_24.pdf)).
- 42 Herausforderungen in Chancen verwandeln: Die Naturland-Nachhaltigkeitsstrategie ([www.naturland.de/images/Pressemitteilungen/PMs2024/2024\\_05\\_Naturland-Nachhaltigkeitsstrategie.pdf](http://www.naturland.de/images/Pressemitteilungen/PMs2024/2024_05_Naturland-Nachhaltigkeitsstrategie.pdf)).
- 43 [www.hoefe-bilden-vielfalt.org](http://www.hoefe-bilden-vielfalt.org).



**Leo Frührschütz**

Freiberuflicher Fachjournalist für Umwelthemen und seit April 2023 Redaktionsleiter der Zeitschrift *Ökologie & Landbau*.

[l.fruehschuetz@gaponline.de](mailto:l.fruehschuetz@gaponline.de)